



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode: 1.-83. Sitzung. (14/1 - 14/1259), 1995 -1999

07.09.1995 - Beschlußprotokoll 4. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Nr. 14/53

Wahl von sechs Mitgliedern und zwölf stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Mitglieder und Stellvertreter des Staatsgerichtshofs:

Dr. Jörg Bewersdorf, Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts

1. Stellvertreterin: Annegret Derleder, Vizepräsidentin des Hanseatischen Oberlandesgerichts
2. Stellvertreter: Matthias Stauch, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht

Prof. Dr. Alfred Rinken, Hochschullehrer und Richter am Oberverwaltungsgericht

1. Stellvertreter: Heinz Brandt, Bürgermeister a. D.
2. Stellvertreter: Hans Alexy, Richter am Oberverwaltungsgericht

Konrad Wesser, Direktor des Arbeitsgerichts Bremen

1. Stellvertreter: Friedrich Wulf, Richter am Amtsgericht
2. Stellvertreter: Peter Friedrich, Richter am Oberlandesgericht

Prof. Dr. Eckart Klein, Hochschullehrer

1. Stellvertreter: Dr. Erich Röper, Fraktionsgeschäftsführer der CDU
2. Stellvertreter: Dr. Herbert Müffelman, Rechtsanwalt und Notar

Prof. Dr. Ulrich K. Preuß, Hochschullehrer

1. Stellvertreterin: Dr. Annegret Lenze, Richterin am Sozialgericht
2. Stellvertreterin: Bettina Sokol, Richterin am Verwaltungsgericht

Uwe Lissau, Präsident des Amtsgerichts Bremerhaven

1. Stellvertreter: Rainer Kulenkampff, Rechtsanwalt und Notar
2. Stellvertreter: Dr. jur. Albert Schnelle, Richter beim Landgericht Bremen

Nr. 14/54

Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs

Folgende Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Staatsgerichtshofs leisten gemäß § 4 Absatz 5 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft nachstehenden Eid

„Ich schwöre, daß ich das mir anvertraute Amt eines Mitglieds des bremischen Staatsgerichtshofs gewissenhaft und unparteiisch ausüben, die Gesetze und rechtlichen Gewohnheiten nach meinem besten Wissen und Gewissen anwenden und mich jederzeit für die demokratische Staatsform im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen einsetzen werde.“

mit folgenden Worten:

Herr Prof. Dr. Günter Pottschmidt	„Das schwöre ich.“
Herr Dr. Jörg Bewersdorf	„Das schwöre ich.“
Frau Annegret Derleder	„Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“
Herr Matthias Stauch	„Das schwöre ich.“
Herr Heinz Brandt	„Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“
Herr Hans Alexy	„Das schwöre ich.“
Herr Konrad Wesser	„Das schwöre ich.“
Herr Friedrich Wulf	„Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“
Herr Peter Friedrich	„Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“
Herr Dr. Erich Röper	„Das schwöre ich.“
Frau Dr. Annegret Lenze	„Das schwöre ich.“
Frau Bettina Sokol	„Das schwöre ich.“
Herr Uwe Lissau	„Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“
Herr Rainer Kulenkampf	„Das schwöre ich.“
Herr Dr. Albert Schnelle	„Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Nr. 14/55

Fragestunde

1. Genehmigungen für Windkraftanlagen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 7. Juli 1995
2. Kunststoffverwertung
Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Weber und Fraktion der SPD vom 8. August 1995
3. FAF und BIFF
Anfrage der Abgeordneten Fücks, Dr. Elisabeth Hackstein und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 16. August 1995
4. Bananenimporte über Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Wenke, Töpfer, Weber und Fraktion der SPD vom 16. August 1995
5. Positivliste
Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Weber und Fraktion der SPD vom 21. August 1995
6. Handels- und Genossenschaftsregister
Anfrage der Abgeordneten Isola, Weber und Fraktion der SPD vom 23. August 1995
7. Rundfunkübertragungen aus laufenden Gerichtsverhandlungen
Anfrage der Abgeordneten Isola, Weber und Fraktion der SPD vom 23. August 1995
8. Leistungen der Sozialbehörde für die Unterbringung von Asylbewerbern
Anfrage der Abgeordneten Oppermann, Neumeyer und Fraktion der CDU vom 24. August 1995

9. Kinder- und Jugendbericht

Anfrage der Abgeordneten Silke Striezel, Neumeyer und Fraktion der CDU vom 25. August 1995

10. Einnahmeverluste des Landes Bremen aus der Abwanderung Bremerhavener Arbeitnehmer ins niedersächsische Umland

Anfrage der Abgeordneten Schramm, Mützelburg und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28. August 1995

11. Ausbau eines Containerterminals IV in Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Schramm, Mützelburg und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28. August 1995

12. Röntgenaufnahmen zur Altersbestimmung bei jugendlichen Asylbewerbern in Bremen

Anfrage des Abgeordneten Dr. Hindriksen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 29. August 1995

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

13. Versuchte Abschiebung des Liberianers Thomas Probleh nach Gambia

Anfrage des Abgeordneten Dr. Hindriksen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 30. August 1995

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 14/56

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 14/57

Gefährdung des Bremer DASA-Werks durch Rationalisierungspläne des Konzerns

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

vom 22. August 1995

(Drucksache 14/20)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bremische Bürgerschaft erklärt ihre Besorgnis über die Kostensenkungs-Szenarien für die Daimler-Benz Aerospace AG/DASA, die unter dem Titel „Dolores“ bekanntgeworden sind. Sie stellen eine massive Gefährdung des Bremer Werks dar, die aus regionalwirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht hingenommen werden kann.

Entscheidungen solcher Tragweite können nicht ausschließlich aus konzernstrategischen Erwägungen getroffen werden, zumal öffentliche Mittel in Milliardenhöhe für die Flugzeugindustrie und das Airbus-Programm aufgewandt wurden. Daraus ergibt sich auch eine standort- und beschäftigungspolitische Verantwortung des Konzerns, die jetzt eingefordert werden muß.

2. Bremen ist traditionell ein Standort des Flugzeugbaus und der Raumfahrt mit hochwertigem Know-how und qualifizierten Arbeitskräften. Diese Kompetenz darf nicht verlorengehen, nachdem die bremischen Unternehmen schrittweise in internationale Unternehmenszusammenhänge eingebunden wurden.

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich gegen die weitere Verlagerung von Entwicklungsfunktionen und zentralen Aufgaben vom Standort Bremen aus.

Eine bloße, noch dazu reduzierte Fertigungsstätte wäre auf Dauer nicht lebensfähig. Bremen muß die Entwicklungskompetenz in der Luft- und Raumfahrt behalten.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich gegenüber dem DASA-Vorstand, der Bundesregierung und den anderen betroffenen Landesregierungen für eine „konzertierte Aktion“ unter Einschluß der Gewerkschaften zur Zukunft der Luft- und Raumfahrtindustrie in der Bundesrepublik einzusetzen. Dabei muß es auch darum gehen, umweltverträglichere Antriebssysteme und Werkstoffe im Flugzeugbau zu entwickeln und verstärkte Anstrengungen zur Diversifikation zu unternehmen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, in ihrer nächsten Sitzung über die weitere Entwicklung in dieser Sache zu berichten.

Nr. 14/58

Zukunft der Luft- und Raumfahrtindustrie am Standort Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 31. August 1995

(Drucksache 14/33)

Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist eine technologische Schlüsselbranche. Ihr Erhalt ist von existentieller Bedeutung für den Industriestandort Deutschland insgesamt, aber insbesondere für den Standort Bremen, mit seiner historisch gewachsenen Struktur.

Die Luft- und Raumfahrtindustrie steht unter einem extremen Wettbewerbsdruck. Es sind Milliardenbeträge der öffentlichen Hand aufgewendet worden, um die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie marktfähig zu machen. Durch die weltweite Abrüstung und durch Marktanpassungen im zivilen Sektor sind Struktur- und Anpassungsprobleme entstanden.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat wenig Verständnis dafür, daß die unter dem Namen „Dolores“ bekanntgewordenen Unternehmenspläne der DASA zum Ziel haben, radikal Arbeitsplätze abzubauen.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Unternehmensleitung, daß nicht mit „Horror-Szenarien“ die ganze Branche in Frage gestellt wird, Arbeitsplätze gefährdet und die Arbeitnehmer verunsichert werden.

Es ist wirtschaftspolitisch dringend erforderlich, daß die Unternehmensleitung umgehend mit der Bremer Landesregierung in einen ständigen Dialog eintritt, um Sicherheit für die Belegschaft und für den Standort Bremen zu schaffen.

Alle bremischen Kräfte müssen darauf konzentriert werden, die Betriebe der Luft- und Raumfahrt in Bremen stärker an den öffentlichen Aufträgen, insbesondere des Bundes, zu beteiligen.

Darüber hinaus erwartet die Bürgerschaft (Landtag), daß zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Luft- und Raumfahrtindustrie auf Bundes- und Landesebene alle Anstrengungen unternommen werden, um auf Dauer einen im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähigen Luft- und Raumfahrtstandort Bremen festzuschreiben.

Die Bürgerschaft (Landtag) betont, daß das Land Bremen schon in der Vergangenheit Vorleistungen (Infrastrukturförderung wie die Startbahnverlängerung, FuE-Förderung, Konversionsmaßnahmen usw.) erbracht hat. Daraus resultiert eine besondere Verantwortung der begünstigten Unternehmen für ein klares Bekenntnis zum Standort Bremen, um Entwicklungs-, Konstruktions- und Fertigungskapazitäten hier zu erhalten.

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt ihre Bereitschaft, im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik eine tragfähige unternehmerische Konzeption zur Sicherung des Luft- und Raumfahrtstandortes Bremen zu unterstützen, die

- den weiteren Ausbau der sektorspezifischen FuE-Infrastruktur vorsieht,

- zusätzliche Konversionsmaßnahmen enthält,
- bei der Lösung von Flächenproblemen des Unternehmens mitwirkt, aber auch zusätzliche Flächen für Zulieferer anbietet.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt ausdrücklich fest, daß das Angebot des Landes die Bereitschaft des Unternehmens voraussetzt, mit der Landesregierung in einen konstruktiven Dialog, mit realistischen Perspektiven zur Standortsicherung der Luft- und Raumfahrtindustrie einzutreten.

Nr. 14/59

Sicherung der Arbeitsplätze in der Luft- und Raumfahrtindustrie im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der AFB
vom 5. September 1995
(Drucksache 14/38)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Die Übernahme von VFW durch MBB und die weitere Integration in die DASA bedeutete für den Luft- und Raumfahrtstandort Bremen, daß hier weit mehr als in den süddeutschen Werken Arbeitsplätze abgebaut wurden. Jetzt werden die Nachteile deutlich, die mit dem Verkauf der Bremer Anteile einhergingen, weil man sich die Eigentumsrechte nicht hat sichern lassen. Ein weiterer überproportionaler Abbau von Arbeitsplätzen zu Lasten Bremens ist auch angesichts der Sanierungsverpflichtung des Bundes, den Standort Bremen zu stärken, nicht akzeptabel.

Dem Dollar-Argument der Geschäftsleitung kann in keiner Weise gefolgt werden, weil das Wechselkursrisiko durch den Einsatz der entsprechenden Finanzierungsinstrumente bis Ende 1998 ausgeschlossen ist und heute bereits 60 % des gesamten Beschaffungsvolumens im Dollarraum eingekauft werden.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) ist vor diesem Hintergrund besorgt über die wirtschaftliche Situation der DASA/Airbus und fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für den Erhalt möglichst vieler der gefährdeten Arbeitsplätze in Bremen einzusetzen. Das liquidationsreife Unternehmen Fokker darf nicht auf dem Rücken der Airbus GmbH und seiner Mitarbeiter saniert werden.

3. Der Senat wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß das für das Raumfahrtzentrum ERNO so wichtige, mit der ESA abgestimmte COF-Programm (Columbus) bei der im Oktober stattfindenden Sitzung des Europäischen Ministerrates durchgesetzt wird. Darüber hinaus ist es notwendig, die bisherigen Schwerpunktaufgaben der ERNO langfristig zu sichern. Der Senat wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung außerdem dafür einzusetzen, daß durch die Transall- und Kampfhubschrauber-Nachfolgeprogramme Beschäftigungseffekte für die Weser-Werke gesichert werden.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, mit Hamburg und Niedersachsen eine gemeinsame Position zu erarbeiten, die zur Sicherung des wirtschaftlich erfolgreichen Airbus-Programms beiträgt. Zur Erreichung dieses Ziels ist ein Dialog mit der Geschäftsleitung und den Arbeitnehmervertretungen zu initiieren. Sofern durch Infrastrukturmaßnahmen der Standort Bremen attraktiver gestaltet werden kann, sind diese Maßnahmen umzusetzen.

Verhandlungen sind mit dem Ziel zu führen, Bremen als Entwicklungszentrum der Weser-Werke zu sichern. Dies gilt insbesondere für den Bereich „Flügelentwicklung und -fertigung“ des Airbus-Programms.

Darüber hinaus ist es für das Werk Bremen existentiell, das CIAM-Forming als wesentlichen Schwerpunkt zu erhalten.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die aufgrund der Sanierungshilfen geschaffenen investiven Spielräume ausschließlich für den notwendigen Strukturwandel aufzuwenden. Im Vordergrund steht hierbei die

Stärkung des innovativen Mittelstands. Der Strukturwandel muß auch — als flankierende Maßnahme zum DASA-Erhalt — im erweiterten Technologiebereich der Luft- und Raumfahrt erfolgen. Jeder wegrationalisierte Arbeitsplatz gefährdet weitere Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie.

Nr. 14/60

Keine Atomtests

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der AFB
vom 21. August 1995
(Drucksache 14/17)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) ist besorgt über die Absicht der französischen Regierung, weitere atomare Tests durchzuführen. Die Wiederaufnahme der Atomtests ist überflüssig und schädlich für die Gesundheit der Menschen und für die Umwelt. Sie droht, die atomare Testspirale wieder in Gang zu setzen und die internationalen Friedensbemühungen zu stören. Darum lehnt die Bürgerschaft (Landtag) alle Atomtests ab.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Bundeskanzler Kohl und die Bundesregierung, sich weiter dafür einzusetzen, daß der französische Staatspräsident Chirac seine Entscheidung rückgängig macht.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) ist ebenfalls besorgt über die anhaltenden Atomwaffentests Chinas, deren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt nicht geringer einzuschätzen sind.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt daher alle weiteren Atomtests ab und fordert die Staatengemeinschaft auf, den in der Prinzipienerklärung zum Atomwaffensperrvertrag angestrebten weltweit und überprüfbaren Teststoppvertrag auszuhandeln. Ziel bleibt die weltweite und vollständige Abschaffung und Verschrottung aller Atomwaffen.

Nr. 14/61

Einführung der Zweiten Stufe ISA-D

Antrag der Fraktion der AFB
vom 26. Juni 1995
(Drucksache 14/3)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 14/62

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Berufliche Bildung und Ausbildungsplatzsituation im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 9. August 1995
(Drucksache 14/16)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. August 1995
(Drucksache 14/27)
2. Ausbildungsplatzsituation im Lande Bremen
Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 6. September 1995
(Drucksache 14/39)

3. Strukturpolitische Schwerpunktprojekte für Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der AFB
vom 10. August 1995
(Drucksache 14/18)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. August 1995
(Drucksache 14/28)
4. Politische und humanitäre Unterstützung für Bosnien-Herzegowina
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der AFB
vom 22. August 1995
(Drucksache 14/25)
5. Weitere dringende Hilfen für die Menschen in Bosnien-Herzegowina
— Brücke der Hoffnung —
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 31. August 1995
(Drucksache 14/34)

